

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Neuenbürg Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nutzenpreis:
Die einjährige Zeitungsab-
bestellung beträgt 180,- M.
einjährig. Inlandsendung
zusätzlich 100,- M. Pro-
z. Auslandsendung 150,- M.
Einzelhefte 1,50 M.
Bei größeren Abzügen ent-
sprechender Rabatt, der im
Falle des Abnahmefalles
hinzu zu kommen, ebenso wenn
Zahlung nicht innerhalb
14 Tagen nach Rechnungs-
datum erfolgt.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge
wird Fernsprecheinrichtung
benutzt.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
A 3,50. Durch die Post
in Enztal- und Umgebungs-
bezirk, sowie im sonstigen
Inlandsendungsbereich A 3,50
mit Postzuschlag.
In allen anderen Bezirken
besteht kein Anspruch
auf Lieferung der Zeitung
oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Postämter, in Neuenbürg
sowie die Buchhändler
jederorts entgegen.
Kontante Nr. 24 bei der
C. Neuenbürg.

Nr. 99.

Neuenbürg, Montag, den 30. April 1923.

81. Jahrgang.

Deutschland.

Mainz, 28. April. Die in der hiesigen Eisenbahnhauptwerk-
stätte beschäftigten Schlosser Heinrich Marzwardt und Johann
Köhler von Mainz hatten sich vor dem Militärgericht des Ge-
nerals von der französischen Wehrmacht unter der Anklage der
Begründung und Verlängerung des Eisenbahnerstreiks durch
Auszahlung von 45 Millionen Mark an streikende Eisenbahner
zu verantworten. Französische Geheimpolizisten hatten bei
einer Durchsuchung der Wohnung des erkrankten Angeklagten
eine Kiste gefunden, die die Namen der Eisenbahner enthielt,
an welche die Auszahlung erfolgte, ferner noch verfaßte die
Summe von 6,6 Millionen Mark. Das Urteil gegen jeden der
beiden Angeklagten lautet auf 5 Monate Gefängnis. Die vor-
genannte Summe wurde beschlagnahmt.

Mainz, 28. April. Die Befehlungsorgane haben Kundge-
bungen, Versammlungen oder Anzüge aller Art, die zum 1.
Mai oder aus Anlaß des 1. Mai geplant waren, bei Strafe
verboten.
Wetzlar, 28. April. Gestern nachmittags stieß ein Bahnüber-
gang ein mit 5 Personen besetzter Postkraftwagen mit einem
belgischen Zug zusammen. Nach dem Vollstoß wurden zwei
Insassen des Kraftwagens sofort getötet und zwei so schwer
verletzt, daß sie abends starben. Der 5. Insasse kam, da er
rechtzeitig absprang, mit Hautabrisseverletzungen davon.

Bonn, 28. April. Die Lebensmittelzufuhr wird hier
trotz der wiederholten Zuficherung des Generals Degoutie, daß
Lebensmitteltransporte ohne weiteres die Kontrollstellen pas-
sieren können, ständig behindert. Auf Vorstellungen der Re-
gierung in Düsseldorf wurde von der zuständigen französischen
Stelle erklärt, die Kontrolle habe nur für den Befehlbereich
Degouties Gültigkeit. Die Kontrollstelle von Bonn untersteht
aber der Rheinlandkommission. Diese verlange auch für Be-
stimmungen der Lebensmittelabgabe und die Ausfuhrbewilligung.
In Düsseldorf besteht also trotz der Versicherungen des Generals
teilweise durch die Franzosen eine Art Hungerblockade.

Berlin, 28. April. Der Magistrat Berlin hat dem Angebot
einer Finanzgruppe annehmlich, durch das die hiesigen Steuer-
gaben einen freien Postzins in Berliner Roggen für 25 Jahre
verpachtet werden sollen. Dafür soll der Stadt Berlin ein
Kommunalkapital in Höhe von rund 10 Milliarden Mark
gegeben werden.

Hirschberg, 28. April. In ersten Zusammenrottungen
von mehreren tausend Menschen kam es gestern abend vor der
Wohnung des Stadtrichters. Dieser hatte zwei Arbeiter, die
er bei Goldschmelze beschäftigte, nach der Polizeiwache gebracht.
Die Leute wurden, als sie sich auszuweisen hatten, wieder ent-
lassen. Der Versuch einiger Personen, in die Wache einzudrin-
gen, wurde vereitelt. Auf dem Wege zu seiner Wohnung wurde
der Richter und zwei zu seinem Schutze beigegebene Polizei-
beamte schwer mißhandelt. Im Anschluß daran kam es zu den
schweren Zusammenrottungen. Der Polizei gelang es jedoch,
die Menschenmenge zu zerstreuen.

Münchener Vorbereitungen zum 1. Mai.

München, 28. April. Die Masse wird in München so-
zialdemokratischen und kommunistischen Arm in Arm finden. Beide
Richtungen des Marxismus beteiligen sich gemeinsam an den
Bereitungen. Insbesondere wird die rote Wehr der Kom-
munisten in großen Maßstab vom Friedensdenkmal nach der
Theaterwiese mitgeführt, wie auch die Sturm- und Abwehr-
truppe der Sozialdemokraten. Es liegt, wie wir hören, eine
Anweisung vor, wonach 1. die Betriebsräte unter Anwendung
aller Mittel dahin zu sorgen haben, daß kein Arbeitswilliger
an der Arbeitshilfe fehlt; 2. die Teilnehmer am Zug nicht
ohne seine Bewaffnung erscheinen. Die Kampfgemeinschaft der
sozialistischen Verbände soll die Regierung auf diese Sachlage
aufmerksam gemacht und sie zu Gegenmaßnahmen aufgefordert
haben.

München, 28. April. Der ursprünglich für die Münchener
Masse geplante große Festzug ist nun nachträglich verboten
worden mit der Begründung, daß die Teilnehmer entgegen dem
Verbot zum Teil mit Sowjetfahne und bewaffnet auftreten
wollen.

Zusammenhang der Kampflage in München.

München, 28. April. Die Ansicht, wer die Schuld an
dem ersten offenen Straßenkampf zwischen Nationalsozialisten
und Sozialisten am Donnerstag abend trägt, geben noch immer
auseinander. Selbstverständlich haben die Nationalsozialisten
ihre große Massenversammlung am Freitag abend dazu
benutzt, um in der ganzen politischen Lage Stellung zu neh-
men. Der Vorsitzende der Versammlung machte unter hitzigen
Gefahren und großer Erregung die Mitteilung, daß der
Gründer der Nationalsozialistischen Partei, Drexler, schwer
verletzt zu Danke liege. Man habe ihn am Freitag, also am
Tag nach dem Straßenkampf, mit Eisenstangen aus seinem
Bett, wo er angelegt ist, hinausgeschlagen. Der Vorsitzende
des Abends, Adolf Hitler, erklärte, daß die National-
sozialisten nicht mehr sich die Terrorisierung durch die Sozial-
isten gefallen lassen werden. „Ich erkläre“, so sagte Hitler
mühsam, „daß wir jede Versammlung rücksichtslos mit Waffen
besetzen werden. Der Fall Drexler ist der letzte. Wenn die
Einzelregierung diesen dauernden Terrorverfall machtlos ge-
genübersteht, so teile ich mit, daß wir die Betriebsräte mit Leib
und Leben haltbar machen.“ Aber auch die Sprache der Sozial-
isten ist die denkbar schärfste und ist ultimativ. Man erhebt
denn, daß tatsächlich die Dinge in München zwischen National-
sozialisten und Sozialisten auf Ebb und Flut stehen und
daß es unter allen Umständen Pflicht der Führer auf beiden
Seiten ist, die Diktate ein wenig abzuschwächen, um nicht Steig-
nisse herbeizuführen, deren Auswirkung überhaupt nicht
übersehen werden kann.

Verhältnis der Arbeiterschaft zum passiven Widerstand.
Die in München versammelten Vertreter der im Deutschen

Gewerkschaftsbund organisierten christlich-nationalen Arbeit-
nehmer aus dem Einbruchgebiet haben erneut Stellung zu der
Frage des Abwehrkampfes genommen und ihren Willen dahin
festgelegt, daß die christlich-nationalen Arbeitnehmerschaft nach
wie vor auf dem Boden des entschlossenen unbewaffneten Wi-
derstandes gegen die Einbruchsmächte und deren Ziele steht.
Sie sei davon überzeugt, daß ein Erfolg der Einbruchsmächte
nicht nur die Verschlingung der deutschen nationalen Einheit,
sondern auch die wirtschaftliche, soziale und staatsbürgerliche
Rechtslosigkeit der Arbeitnehmerschaft bedeuten würde. In die-
sem Sinne müßten alle inneren Justizorgane zurückgestellt und
die Reichsregierung in ihren Maßnahmen gestützt werden. Die
kommenden Verhandlungen müßten die vorbehaltslose Räumung
des Einbruchgebietes zur Voraussetzung haben und an der
hiesigen staatsrechtlichen Stellung des alldiesigen Gebietes
dürfe nicht gerüttelt werden. Den durch die französisch-belgischen
Gewaltmaßnahmen Geschädigten, insbesondere den Gefangenen
und Ausgewiesenen, müsse volle Genugtuung und Entschädigung
gewährt werden. Alle extremen Regungen und Hand-
lungen, gleichviel welcher Art, die die Einheit des passiven Wi-
derstandes gefährden und auf gewalttätige Lösungen oder schwäch-
liches Aufgeben der Gegenwehr drängen, lehnten die Ver-
sammlten ab.

Essen, 28. April. Eine Konferenz von Vertretern des Ge-
werkschaftsbundes deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beam-
tendenverbände im Einbruchgebiet hat zur augenblicklichen Lage
erneut Stellung genommen. Die Vertreter sind gewillt, den
Abwehrkampf in der bisherigen Form des passiven Widerstandes
fortzusetzen. An die Aufgabe dieses Widerstandes kann erst dann
gedacht werden, wenn für das deutsche Volk eine annehmbare
Lösung der Reparationsfrage gefunden ist. Die Vertreter sind
sich darüber klar, daß auch die Arbeitnehmer ihr Möglichstes
zum Wiederanfang der verfallenen Gebiete beitragen müssen. Sie
lehnen aber jede unbillige Forderung ab, die den Niedergang
der deutschen Wirtschaft und damit der Existenz der Arbeitneh-
mer bedeuten würde. Von der Regierung erwartet die Konferen-
z, daß sie jede Gelegenheit benutzen wird, um zu Verhand-
lungen und zu einer Verständigung zu kommen, die selbstver-
ständlich die Existenz des deutschen Volkes gewährleisten muß.
Von allen Schichten des deutschen Volkes aber muß erwartet
werden, daß sie in gleicher Weise wie die Arbeitnehmer bereit
sind, im Interesse des gemeinsamen Vieles Opfer zu bringen.
Alle Bestrebungen, die eine Vereinstätigung der staatlichen
Souveränität, wie sie im Friedensvertrag festgelegt sind,
bedeuten, werden mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Die durch
die Konferenz vertretene Arbeitnehmerschaft lehnt es nach wie
vor ab, unter dem Druck der französischen Bajonette zu arbeiten.

Terror und Martyrium an Rhein und Ruhr.

Jum ersten Mal erscheint mit dem Aprilheft der Süddeut-
schen Monatshefte eine umfassende Darstellung der französischen
Verbrechen an Rhein und Ruhr. Erst so, abseits vom Täglich-
en, gewinnt man den Eindruck: niemals in der neueren Zeit
hat ein europäisches Volksober sich der solbatischen Ehre ber-
artig vergeben, nur aus der schätzlichen Erwartung des fran-
zösischen Volkes läßt sich das erklären.

Vor der Einführung der Frankenswährung im Saargebiet.

Saarbrücken, 28. April. Da die Regierungskommission die
Einführung der Frankenswährung im Saargebiet wünscht, ha-
ben die Parteien des Landtags, die sich anfangs auf einen
abnehmenden Standpunkt gestellt hatten, einen besonderen Ge-
sehenspunkt ausgearbeitet, der die schädlichen Punkte der Re-
gierungsvorlage abschneiden soll. Die Redner aller Parteien,
mit Ausnahme der Kommunisten, traten für diesen abgemäßig-
ten Entwurf ein. Die Abstimmung hierüber findet heute statt.

Die letzten Vorbereitungen zum deutschen Angebot.

Berlin, 28. April. Wie die Telegraphen-Union erzählt, fin-
det am Montag, 30. April, nachmittags 3 Uhr, eine Kabinets-
sitzung der Reichsregierung statt, an der sämtliche Ministerprä-
sidenten der Länder teilnehmen werden. Die Kabinetsitzung
ist zur Erörterung der Frage des deutschen Angebots anbe-
räumt. Das Angebot wird dann den Regierungen der alliierten
Länder voranschicklich schon im Laufe des Dienstag oder Wä-
renstags am Mittwoch überreicht werden. In seiner vorläufigen
Fassung ist es bereits fertiggestellt. Am heutigen Samstag
wird sich das Reichskabinett in einer ersten Sitzung mit der
Veratung der Note beschäftigen. Für Sonntag ist der Aus-
sicht der Parteiführer vorgezogen. Am Montag will das Ka-
binett in Gegenwart aller Ministerpräsidenten der einzelnen
Länder die endgültige Feststellung vornehmen. Wie behauptet
wird, sollen 20 Milliarden Goldmark bei genau bestimmten
Garantien angeboten werden, zusätzlich einer unbestimmten
Summe, die unter gewissen Voraussetzungen von Autoritäten
festgelegt werden soll.

Die neue Biersteuer.

Nach dem dem Reichstag jetzt ausgegangenen Biersteuergesetz,
das bekanntlich die Verhinderung der bisher geltenden
Sätze bringen soll, soll die Biersteuer künftig betragen für
jedes Hektoliter der in einem Braubetrieb innerhalb eines Rech-
nungsjahres erzeugten Biermenge von den ersten 2000 Hl. 4100
Mark, von den folgenden 8000 Hl. 4200 Mark, von den folgen-
den 10000 Hl. 4300 Mark, von den folgenden 20000 Hl. 4400
Mark, von den folgenden 30000 Hl. 4500 Mark, von den folgen-
den 40000 Hl. 4600 Mark, von den folgenden 50000 Hl. 4700
Mark. Diese Steuerätze ermäßigen sich für Einshäbner um die Hälfte
und für Schanbier um ein Viertel; sie erhöhen sich für Stark-
bier um die Hälfte. Einshäbner im Sinne des Gesetzes ist Bier
mit einem Stammwürzegehalt bis 5,5 Prozent. Schanbier solches
mit einem Stammwürzegehalt von 8 bis 9 Prozent. Voll-
bier mit 9 bis 13 Prozent, Starkbier mit mehr als 13 Prozent.
Die Vergrößerung bezeichnet die Verhinderung der Steuer
als erträglich, wenn man berücksichtigt, daß sich die Verkaufs-
preise für der letzten Monate zum Biersteuergesetz rund auf das

30fache erhöht haben; die neuen Steuerätze entsprechen nur
rund 7 Prozent des jetzigen Herstellerpreises zuzüglich der bür-
gerlich-lagerungs Steuererhöhung, so daß ein Glas Bier von 0,3
Liter, das 600 Mark kostet, eine Belastung von rund 15 Mark
(bisher 0,15 Mark) zu tragen haben würde.

Kommunistenputsch zur Unterstützung der Franzosen.

Wien, 28. April. Nach Mitteilungen aus Gewerkschafts-
kreisen sind seit einigen Tagen in Oberösterreich kommunistische
Bestrebungen im Gange, auf dem Wege eines Putschs die Aktion
im Ruhrgebiet zu lähmen. Man kennt auch schon die Namen der
einzelnen Führer. Die Aktion soll von einer unbe-
kannten französischen Stelle organisiert und finanziert sein und
sich in einem heimlichen Großbetrieb zu finden sein. Wie
es heißt, sind bereits Abwehrmaßnahmen eingeleitet.

Russland.

Paris, 28. April. Eine Havasmeldung aus Koblens be-
richtet, daß die Rheinlandkommission für den Verkehr zwischen
Ostpreußen und dem Gebiet alliierte Passierscheine vor-
schreiben wird.

Paris, 28. April. Nach einer Meldung des „New-York
 Herald“ aus Washington hat gestern auch Staatssekretär
 Hughes noch einmal zur Frage des Beitritts der Ver. Staaten
 zum internationalen Gerichtshof in Haag Stellung genommen.
 Er erklärte in einer Rede in der amerikanischen Gesellschaft für
 internationales Recht u. a., der Gerichtshof verfordere das
 Ideal des amerikanischen Volkes über die Regelung von Schwie-
 rigkeiten durch gerichtliche Methoden statt durch Gewalt.
 Er berief sich auf die Pläne Mac Kinleys und Roosevelt's, so-
 wie auf den Plan des ehemaligen Staatssekretärs Elian Root,
 die alle diesen Grundsatz vertreten hätten.

Einigung in der Frage der Kapitulationen in Lausanne.

Lausanne, 27. April. In der heutigen Sitzung des politi-
 schen Ausschusses kam es bei Behandlung der Kapitulationen zu
 lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Türken und den
 Alliierten. Während die Alliierten sich in Art. 26 zur Ab-
 schaffung der Kapitulationen bereit erklärten, forderten die Tür-
 ken, daß die Kapitulationen als bereits abgeschlossen betrachtet
 werden sollen. Es fragte sich bei den beiden Auffassungen, ob
 die türkische Abschaffung der Kapitulationen im Jahr 1914 oder
 erst die Anerkennung der Abschaffung durch die Alliierten im
 Jahr 1920 Geltung haben soll. Schließlich ließen sich die Al-
 liierten auf den türkischen Standpunkt ein, falls ausdrücklich
 festgestellt wird, daß damit keine rückwirkende Kraft der 1914
 abgeschlossenen Kapitulationen auf die historischen und anderen
 Streitfragen verbunden ist. In die lebhafteste Debatte griff auch
 der amerikanische Beobachter Crew im Sinne der Alliierten ein.
 — Ueber die Frage der englischen Kriegsgräber auf Gallipoli
 scheint eine Einigung in kurzem möglich zu werden. — Der tür-
 kische Vorschlag, auf der Bahnstrecke von der bulgarischen
 Grenze nach Vile-Burgas ein bulgarisch-türkisches Kontroll-
 komitee einzurichten, wurde von Venizelos abgelehnt. Der
 englische Vorschlag, in das Komitee einen bulgarischen Beamten
 aufzunehmen, wurde von den Türken angenommen, nicht aber
 von den Griechen. Die Frage wurde schließlich den Eisenbahn-
 sachverständigen übergeben.

Französische Betrugsereien auf Kosten Deutschlands.

Paris, 27. April. Den in den zerstörten Gebieten Nord-
 frankreichs vorgekommenen Betrugsmanövern, wobei geringe
 Schäden zu gewaltigen Summen aufgeblüht und zum Teil
 von der französischen Regierung bereits bezahlt wurden in der
 sichersten Erwartung, daß alle diese Summen ja auf Konto
 Deutschlands gehen, reißt sich ein neuer Betrugsstanzal mit
 ärztlichen Rezepten und Redikamenten würdig an, der sogar
 von der französischen Presse, die gerne alles vertuschen möchte,
 als nationaler Stanzal bezeichnet wird. Die Kriegswunden
 genießen wie in Deutschland, so auch in Frankreich freie ärzt-
 liche Behandlung und Apotheke, wozu ihnen von der Präfektur
 auf dem Wege über die Bürgermeisterämter ein medizinischer
 Ausweis ausgestellt wird. Diese Einrichtung der Kriegsgräber-
 sorge, deren Kosten auch auf das Budget gehen, das von
 Deutschland bezahlt werden muß, haben nun viele Krätze und
 Apotheker in der schändlichsten Weise mißbraucht. Mit mehreren
 Millionen Franken haben sich diese Leute bereichert. Zu den
 Betrügern gehören der frühere Abgeordnete Dr. Noard in
 Marseille und Prof. Dr. Coulin, ebenfalls in Marseille, der
 während des Krieges Generalarzt war. Auch in Paris wurden
 mehrere Personen verhaftet. Der größte Schwindler wurde
 aber in Marseille getrieben. Dort wurden allein 45000 medi-
 zinsische Ausweise im Werte von 22 Millionen Franken an
 Kriegsinvaliden ausgegeben. Seit zwei Jahren wußte die
 Staatsanwaltschaft von der Sache, aber trotzdem ging der Ver-
 trag weiter. Dr. Noard hatte sogar für die medizinischen Aus-
 weise einen besonderen Kaffeeher angekauft, der wöchentlich 300
 Franken und 20 Prozent des einflussreichen Geldes erzielte. Im
 letzten Jahr hatte dieser Kaffeeher ein Einkommen von 334000
 Franken. Nicht viel besser machten es die Apotheker. Der
 Apotheker Dionoux in Marseille hat sich allein für Reser-
 vante Betrag von 68420 Franken zurückerhalten lassen. Diese
 Reserven waren meist von Dr. Noard unterschrieben. Der Arzt
 Dr. Banel in Versailles machte sich auch nach die staatliche
 Unfallversicherungsgesellschaft zunutze. Kaulenzer und Drück-
 selberger wurden krank geschrieben, wenn ihnen gar nichts leibte.
 Kaulenzer und Arbeiter rief er mit Gaspapier gewöhnlich
 den Oberarm wund, so daß eine blutende Wunde entstand, die
 er raschrecht verband. War die Wunde geheilt, begann er sie
 von neuem zu reiben und auf diese Weise betrieb er den Schwin-
 del an der gleichen Person mehrere Monate. Die Kaulenzer
 erhielten ihr Krankengeld und er dafür sein Donatör. Die ein-
 geleitete Untersuchung, die erst einen geringen Teil der Be-
 trüger entlarvte, wird, wenn sie rücksichtslos durchgeführt wird,
 einen Stanzal zeitigen, wie er in Frankreich nicht das erste
 Mal hat ereignet.

ihre das Brau-
rot-
wie Dohn
!-
müßvoll
Groll-
s Kind,
sein
stellig ein-
lang
Mlang,
b,
aufset-
traut-
al und Blag-
sch der Tag-
can,
n entwec-
Alein ist
mermann Trede
krophat
e ein fünf-
Pien
Bek
et für Landw
en noch zieml
ild- oder
ger-Wagen
riedrich Sch
Auerhahn
Existenz
ermann in S
and bietet an
firma durch
ein-Vertretung
nialen patent. In
gen. Wir dage
Maffenartikel
ntnisse und Lage
ständig. Bedin-
Bortkapital um
300000. Kas
enerbungen um
6408 an Kadel
Magdeburg.
Bildbad.
s, absolut ch
ädchen
mäher Besatzung
immer und Qu
icht.
Marie Schmid
Schmid u. S
ernruf 85.
ädchen
Haus und Serv
a Verdienst
ai gesucht
Helmut Weiser,
Gohened
enstein-Platz
mor-
arnitur,
lett, preisw
gen in der Ge
Enztäler.



Weiterer Rückgang der Geburtenziffer in Frankreich.
Das „Journal officielle“ veröffentlicht die Statistik der Bevölkerungsbewegung Frankreichs im Jahre 1922. Es sind 700 846 Geburten und 692 367 Todesfälle zu verzeichnen gewesen. Die Bevölkerung hat also um 70 579 Seelen zugenommen. Die günstigsten Resultate weisen die nördlichen Departements, die Bretagne und Korsika, auf. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Geburten um 53 560 Seelen zurückgegangen.

Furchtbare Kollage der russischen Kriegsinvaliden.
Aus Delsingfors wird geschrieben: Die Moskauer „Izwestija“ veröffentlicht erschütternde Angaben über die Not der russischen Kriegsinvaliden. Nach einer Statistik des Volkswirtschaftsministeriums zur Erhaltung der Volksgesundheit beträgt die Zahl der Kriegsinvaliden, die künstliche Gliedmaßen erhalten müssen, 100 000. Im Jahre 1922 sind nur 10 000 Kriegsinvaliden mit Prothesen versorgt worden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 30. April. Am Dienstag, den 1. Mai 1923, fallen folgende Personenaltäre aus: Neuenbürg ab 5.53 Km., Bfrozheim an 6.16 Km.; Bfrozheim ab 3.50 Km., Neuenbürg an 4.16 Km., Neuenbürg ab 4.35 Km., Bfrozheim an 5.02 Km. Der Zug 948 Neuenbürg ab 6.15, Bfrozheim an 6.35, hält an diesem Tage in Engelshausen an, desgl. der Zug 359 Bfrozheim ab 4.00, Neuenbürg an 4.27 Km.

Neuenbürg, 30. April. Die längst verdrehte Nachricht über die gänzliche Aufhebung der Bestimmungen über den Aufenthalt von Ausländern trifft nicht zu. Es ist vielmehr im Einvernehmen mit der Reichsregierung und den Ländern für das ganze Reichsgebiet eine einheitliche Regelung getroffen worden. Um eine Überflutung durch Personen, die in Deutschland keinen Wohnsitz haben, zu verhindern, hat das Auswärtige Amt die Auslandsbehörden angewiesen, die Sichtvermerke zur Einreise nach Deutschland nur mit der Rücksicht zu erteilen, daß außerdem noch eine Ergänzung des Sichtvermerks durch die zuständige Behörde des Ausreisestandes einzuholen ist. Dieser Ergänzungsschein, der in den Paß eingetragen wird, kann im Rahmen des Hauptvermerks, aber im allgemeinen nicht über die Gültigkeitsdauer des letzteren erteilt werden. Jeder 15 Jahre alte Ausländer hat sich innerhalb 24 Stunden zu melden.

Württemberg.

Stuttgart, 28. April. (Nette Reichsmietverträge.) Die Schwab. Tagwacht schreibt: Wie einzelne Hausbesitzer sich Nebennehmungen zu sichern verstehen, davon nur ein Beispiel: In einem Hause der Gänsheide wird neben der Reichsmiete nach den festgesetzten Hundertsätzen noch folgender Pauschal in den Mietvertrag eingefügt: „Außerhalb des Mietvertrags wird vereinbart, daß der Vermieter jährlich den Wert von 100 Schwarzbrot zu je 1 Kilo erhält, zahlbar vierteljährlich unter Zugrundelegung des bei Beginn des kommenden Vierteljahres gültigen Brotpreises. Solange es Markenbrot gibt, so soll der Preis des Markenbrot gelten. Diese Sondervereinbarung gilt, solange der Mietvertrag gilt.“ Und dieser ungeschickliche Mietvertrag trägt noch den Stempel des Wohnungsamts 10 468 vom 28. März 1923!

Stuttgart, 28. April. (Die gesetzliche Miete.) Vom 1. Mai 1923 ab berechnet sich die gesetzliche Miete in folgender Weise: Die Grundmiete beträgt wie bisher in großen Städten 85 Proz., in mittleren Städten 88 Proz., in anderen Gemeinden 92 Proz. der Friedensmiete. Der Zuschlag für Hypothekenzinssteigerungen beträgt, wenn das Mietverhältnis nicht im Einzelfall höher feststeht, wie bisher 40 Proz. der Grundmiete. Betriebskosten. Der Hundertsatz für Verwaltungskosten beträgt bei monatlicher Zahlung in großen Städten 1800 Proz., in mittleren Städten 1500 und in anderen Gemeinden 1200 Proz. der Grundmiete. Für alle übrigen Betriebskosten setzt die Gemeindebehörde die Hundertsätze fest, sofern sie nicht das Anlagungsverfahren anordnet. Die Hundertsätze für laufende und große Instandsetzungsarbeiten betragen, sofern sie nicht von der Gemeindebehörde höher festgesetzt werden, bei monatlicher Zahlung für die laufenden Instandsetzungsarbeiten 8000 Proz., und für die großen Instandsetzungsarbeiten 6000 Proz. der Grundmiete. Hundertsatz für Untermiete wie bisher 50 Proz. der Grundmiete. Bezüglich der Zuschläge für gewerbliche Betriebe bleibt es dabei, daß sie durch die Gemeinde festzusetzen sind.

Stuttgart, 27. April. (Ermittelte Kircheneinbrüche.) Eine gefährliche Einbrecherbande befindet sich gegenwärtig in Haft. Die Mitglieder haben seit langen Jahren Einbrüche in Kirchen, Synagogen, Kapellen und Familiengrüften ausgeführt, gelegentlich auch größere Diebstähle in Fabriken begangen. Bis jetzt sind 30 Einbrüche aufgeklärt, darunter die Synagogenbrüche in Stuttgart, Ludwigsburg, Göttingen, Hildesheim, Bfrozheim, Karlsruhe und Basel; die Kircheneinbrüche in Weilderstadt, Herrenberg, Kornwestheim, Zuffenhausen, Neudingen (Baden), Freiburg und Baden-Baden; die Kapellenbrüche in Würmlingen und Horb, ein Grubeinbruch auf dem Pragsriedhof, wobei die Täter sogar den Zinlfach effraen; außerdem Fabrikeinbrüche in Stuttgart, Feuerbach und Beilstein, sowie einige Bauernhauseinbrüche. Rädelführer ist der 39 Jahre alte Fabrikarbeiter Konrad Schneckeburger von Zuffenhausen, der bei einer Feuerbacher Firma beschäftigt war. In etwa zehn Fällen wurde er von seinem Schwager, dem 21 Jahre alten Hilfsarbeiter Johannes Schmid aus Stammheim, zuletzt in Zuffenhausen wohnhaft, begleitet. Als Mittäter sind ferner verhaftet: der mit Schneckenburger verschwägerte Eisendreher Robert Schmid aus Hofen a. N., zuletzt in Zuffenhausen, und der 33 Jahre alte Arbeiter Karl Fleischmann aus Beilstein. Die aus den zum Gottesdienst bestimmten Gebäuden entwendeten Gegenstände wurden größtenteils von dem 49 Jahre alten Goldarbeiter Heinrich Deter von Zuffenhausen eingeschmolzen. Von den Kirchengeräten konnten nur geringe Mengen eingeschmolzenen Silbers beigebracht werden, ferner einige Altartücher und ähnliches. Dagegen wurden Sachen im Werte von vielen Millionen Mark, die aus Fabrikeinbrüchen stammen, sichergestellt.

Stuttgart, 27. April. (Fliegendes Gericht auf dem Schlachtviehmarkt.) Auf dem Schlachtviehmarkt am letzten Dienstag erschien plötzlich und unerwartet ein Standgericht und führte sechs Händler von ihren Ständen weg, um sie stehenden Fußes zu Geldstrafen von 40 000 bis 200 000 M.

zu verurteilen. Es wurde erneut festgestellt, daß die Viehpreissteigerungen in der Hauptsache auf das Treiben der auswärtigen Händler zurückzuführen sind. So ist zum Beispiel geftern, kaum daß diese Händler zum Markt gelassen waren (sie dürfen den Markt erst eine halbe Stunde nach den Neuhern betreten) das Schweinefleisch sofort von 3400 auf 3700 Mark das Pfund Lebendgewicht gestiegen. Zwischen Bayern und Württemberg ist übrigens eine Verständigung erreicht worden, um gemeinsam beim Reich eine Überwachung des Verbrauchs und des Verbleibs von Schlachtvieh zu bewirken, um damit die Fleischversorgung vor den Eingriffen der Spekulation zu sichern.

Schramberg, 28. April. (Der Nord in Schillach.) Ueber den an dem Fabrikanten Korndörfer verübten Mord erfährt das Schwab. Tagblatt folgende Einzelheiten: Die Veranlassung zur Tat lag in Differenzen der Firma mit der Arbeiterschaft. Da zum Pagen der Maschinen an den Sonntagen keine Leute mehr zu bekommen waren, ordnete die Betriebsleitung an, daß nur mehr 5 Tage in der Woche gearbeitet wird, allerdings mit 48 Stunden Arbeitszeit, so daß der Samstag frei wurde zum Reinigen und auch zur Erspargung von Öl, da die Maschinen mit Öl gefeuert werden. Mit dieser Anordnung war die Arbeiterschaft nicht einverstanden. Ihr Führer, der 40 Jahre alte verheiratete Betriebsrat Wilhelm Wöhle in Schillach, der die Verhandlungen führte, geriet dadurch in eine gewisse Erregung, die noch durch einen anderen Umstand gesteigert wurde. Der Jagtag bei Korndörfer ist der Mittwoch. Nun traf am letzten Mittwoch die Anweisung des Ober von Karlsruhe erst am Abend ein und der Firma war es deshalb nicht möglich, noch an diesem Tage die Bühne anzubereiten. Dieser Umstand verlegte den Wöhle in eine neue Wut und er begab sich in mehrere Wirtschaften um sich gehörig zu betrinken, so daß er zuletzt gegen 12 Uhr nachts ausgewiesen werden mußte. In seiner Aufregung ging nun Wöhle nach Hause und holte sich einen Kavallerie-Karabiner No 98, der mit drei Patronen geladen war, ging über den Schloßberg zum Wohnhaus des Fabrikanten Korndörfer und stellte sich am Berge gegenüber dem Schlafzimmer des Ehepaars auf, worauf er drei Schüsse abfeuerte. Ein Schuß ging durch das Fenster, traf Korndörfer im linken Oberarm, durchschlug den Knochen, drang unter dem Herzen durch, durchschlug die Lunge und blieb im Rücken stecken. Die Verletzung war sofort tödlich. Die Untersuchung führte rasch zur Entdeckung des Täters, der zuerst zu leugnen versuchte, dann aber, nachdem seine Frau schon vorher gravierende Angaben gemacht hatte, die Tat eingestand.

Welsberg, 28. April. (Diebstähle.) Die Abwesenheit des Besitzers und seiner Familie benutzte ein Einbrecher, um dem außerhalb der Stadt gelegenen Wohnhaus des Hrn. Hofmann einen Besuch abzustatten. Neben einem Anzug und sonstigen Gebrauchsgegenständen fiel dem Dieb ein größerer Geldbetrag in die Hände. Der Einbrecher, der den Anzug des Bestohlenen trug, wurde in Redargatich dingfest gemacht. Ein größerer Betrag des gestohlenen Geldes konnte wieder beigebracht werden. Für den Rest hatte sich der Dieb einen Anzug, Stiefel u. a. beschafft. — Auf dem Salgenberg bemähte sich ein Tierfreund, drei Milchschweine, die er aus einem Garten ließ, in einer Hütte unterzubringen. Ein zur Beibehaltung angehaltener Kadfahrer schloß die Hütte und benachrichtigte den richtigen Besitzer, so daß dieser nach seinen Entlausen sehen konnte. Der Tierfreund war plötzlich vermisst.

Glengen a. Br., 28. April. (Im Zeitalter der Diebe.) In Brenz wurden bei einem Bauern 1/3 St. Fleisch gestohlen. Neuerdings wurde eingebrochen bei einem Maurer Müller und bei Landjäger Klein und gestohlen beim ersten Rauchschieß und Würste, bei letzterem 50 Pfund Mehl und ein Fahrrad.

Ulm, 28. April. (Explosionsunglück.) Bei Sprengungen des Pionier-Bataillons 5 ereignete sich dadurch ein schweres Unglücksfall, daß eine sog. geballte Ladung detonierte, wobei der Gefreite Steiler tödlich verunglückte. Außerdem wurden zwei Angehörige des Bataillons leicht verletzt. — Nach einer weiteren Meldung ereignete sich das Unglück bei Bereitstellung von Munition im Vorwerk 12 für die Sprengung der Munitionsanlagen in Schwaighofen. Gefr. Steiler stammt aus Schönau in Oberschlesien. Unteroffizier Rofek und Pionier Baier sind durch Verbrennungen an Gesicht und Händen nicht lebensgefährlich verletzt.

Vorkandföhung der Handwerkskammer Neutlingen.

Am 12. April fand unter dem Vorsitz des Maschinenmeisters Denna-Lübigen eine Vorkandföhung statt. Präsident Denna gab zunächst ein Dankschreiben des Staatspräsidenten für die ihm von der Kammer zur Verfügung gestellte Ruhspende bekannt. Sodann gab Sandilus Oberbaurat einen Bericht über die beiden letzten Kammerfestungen. Hervorzuheben ist eine Eingabe des Verbandes selbständiger Buchbindermeister Württembergs betr. Schädigung des Buchbinderhandwerks durch das Schulmuseum. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit im Vaugewerbe wurde eingehend erörtert. Durch die zulaufende Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen seien wir in eine Sackgasse hineingeraten, aus der es angesichts der derzeitigen Verhältnisse sehr schwierig sei, wieder herauszukommen. Die Wohnungswirtschaft sei zu sehr von sozialpolitischen Erwägungen durchdrungen und wirtschaftspolitische Gesichtspunkte außer Acht gelassen worden; das räche sich jetzt. Nicht nur das Bauhandwerk, auch die übrigen Erwerbsstände werden unter dem Stillstand im Vaugewerbe immer mehr zu leiden haben.

Der Antrag an die württ. Staatsregierung, daß zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden angewiesen werden sollen, bisher unterbliebene bauliche Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden nachholen zu lassen, wurde begrüßt.

Dem Vorschlag der Meisterprüfungskommission im Schmiedegewerbe hat sich der Vorstand angeschlossen, wonach die Aufhebung und Meisterprüfung in zeitige Verbindung miteinander gebracht werden, von der Anerkennung eines Meisterschlüssels im Vaugewerbe nicht Abstand genommen werden solle.

Die Eingabe des Württ. Kammermeisters an das Arbeitsministerium um Ergründung von Maßnahmen zwecks Unterstützung des in einer Krise sich befindlichen Friseurhandwerks wurde vom Vorstand lebhaft begrüßt. Bei dieser Gelegenheit

wurde auch darauf hingewiesen, daß in weiten Kreisen die Tatsache noch nicht bekannt sei, daß eine sehr große Anzahl Handwerkermeister, wenn sie ihre Bilanz aufmachen, für gearbeitet hätten und es sei heute die vornehmste Pflicht der Organisationen des Handwerks, der Schaffung von Arbeitsgelegenheit ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen.

Besondere Klagen über Arbeitslosigkeit sind unter anderem von Friseurhandwerk aus den Kreisen des Steinbildner- und Photographenhandwerks gekommen. Der Antrag des Landesverbandes württ. Steinbildnermeister, in welchem die Organisation des Handwerks, der Schaffung von Arbeitsgelegenheit wird davon Kenntnis genommen, daß die Kammer Klärung verschiedener Fragen mit dem Staats. Schiedsamt Stuttgart eine Aussprache herbeiführt. Zu einer Reihe von Auslassungen von Ausnahmen bezüglich der Behrlnungsmaßnahmen wurde Stellung genommen und die trage größtenteils abgelehnt, weil ein Bedürfnis zur Erhaltung der aufgestellten Bestimmungen nicht vorhanden ist. Der Erhöhung der Gejellen- und Meisterprüfunggebühren die in bestimmten Grenzen sich bewegen, wurde zugestimmt.

Vermischtes.

Ein merkwürdiges Zusammentreffen mit Geburts- und Todesstag der Großherzogin Luise wird berichtet. In Schloßhof bei Kamborn ist nämlich eine Altersgenossin der verstorbenen Großherzogin Luise, eine Frau Vising, wohnhaft gewesen, war an demselben Tage wie die Großherzogin, nämlich am 2. Dezember 1838, geboren und auch am gleichen, nämlich am Montag, den 23. April 1923, gestorben.

Der Fremdenverkehr in Bayern hatte im vorigen Jahre in das Münchener Gewerbejahr und die Oberammergau-Passionsspiele fielen, den Besuch von 2 714 730 Fremden unter 185 Prozent Ausländer) mit 9 708 165 Uebernachtungen (davon 1 190 300 in München) zu verzeichnen. Darin hat vielen Fremdenverkehrs- und Verwandtschaftsbesuche nicht zu rechnen. Im Jahr 1923 dürfte der Fremdenverkehr kaum niger stark werden, wenn die Wäuterung besser wird als Vorjahr. Vom 9. bis 13. Mai findet in München das 22. Schachfest, das erste seit dem Krieg, und vom 14. bis 20. das 13. Deutsche Turnfest statt, zu welchem letzterem schon 100 000 Teilnehmer angemeldet sind. Die beteiligte Turnvereine umfaßt 11 000 Verbände mit rund 1 600 000 Mitgliedern. Amerika ist der amerikanische Turnverband angemeldet, sonst werden die Auslandsdeutschen stark vertreten sein. Dem Turnfest wird eine Turn- und Sportausstellung verbunden sein.

Ein Ruf der Lehrerschaft zur Bekämpfung der Literaturliteratur. Der Deutsche Lehrerverein hat an die Regierung eine Eingabe gerichtet, worin der steigenden Spannung weiter Lehrervereife darüber Ausdruck gegeben wird, von seiten der Reichsregierung bisher keine gezielten Maßnahmen getroffen worden sind, die Herstellung und Verbreitung von Schulbibliothek einzubäumen und zu unterstützen. Ueber einflüsterung mit allen Volksgenossen wird auf die Gefahr dieses Zustandes hingewiesen und die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung nicht mehr länger jöggen dem Wege der Selbsterziehung den Schutz der Jugend gegen literarische Verführung zu sichern. Weiter wird es für erwünscht erklärt, daß den Jugendämtern die Bekämpfung von Schand und Schmutz in Wort und Bild ausdrücklich zur Pflicht gemacht wird und daß die Reichsregierung im Verein mit Ländern und Gemeinden der Jugend wertvollen literarischen erschwunglichen Breiten zugänglich macht.

Aus der Jugend der Großherzogin Luise. Der „Berl. Anz.“ schreibt zum Tod der Großherzogin Luise von Preußen u. a.: „In die Geschichte der Hohenzollern ist der glückliche Fall hinübergenommen worden, der im Jahre 1841—42 die Prinzessin vor einem sicheren Tode beinahte. Eines Tages auf dem Berliner Schloßhofe der wachsende Garde in einem Fenster des oberen Stockwerks die junge Prinzessin, die sich wiederholt sehr weit hinauslehnte; er beobachtete sie die längere Zeit und trat dabei unter das Fenster. Das Kind verlor das Gleichgewicht und fiel aus dem Fenster. Der Gardebild war schnell das Gewehr weg, hing das Kind und konnte es unverletzt der in größter Aufregung beteiligten Kammerfrau übergeben.“

Laubeliche? Eine Deutsche hatte im Jahr 1889 einen reichlichen Staatsangehörigen geheiratet, der bald darauf wegen eines Vergehens mit Gefängnis bestraft und ausgewandert wurde. Die Frau blieb in Deutschland und heiratete, nach der Mann 12 Jahre lang nichts mehr von sich hat hören und der heute noch unauffindbar ist, einen andern. Beim Heirat gebot verschwiegen die neuen Brautleute die erste Ehe. Staatsanwaltschaft erhob nun Anklage wegen Doppelmehr. 9. Berliner Strafkammer kam zu einem freisprechenden Erkenntnis, da eine Beurteilung nur möglich ist, wenn der Mann noch lebe, wofür aber der Staatsanwalt trotz Nachforschungen den Beweis nicht habe erbringen können. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falls lag die Staatsanwaltschaft Revision ein; die zweite Ehe hätte erloschen werden dürfen, wenn der erste Mann im Jahr 1889 (sehr kostspieligen) Angebotsverfahren für tot erklärt worden wäre. Das Reichsgericht ist jedoch der Auffassung der Strafkammer beigetreten.

Handel und Verkehr.

Ragold, 26. April. Auf dem heutigen Markte waren zugeführt: 5 Pferde, 1 Fohlen, 5 Ochsen, 9 Stiere, 13 Kühe, 13 Kinder, und trachtige Kalbinnen, 25 Stück Schmalvieh, 5 Kälber, 243 Stück Milch- und 34 Käuferföwme. Verkauf wurden: 3 Ochsen, 5 Stiere, 10 Kühe, 11 Kinder und trachtige Kalbinnen, 19 Stück Schmalvieh, 2 Kälber, 243 Milch- und 34 Käuferföwme. Geld war zu 3 250 000—3 500 000 für einen Ochsen, 1.05—3 Millionen für einen Stier, 1.1—5 Millionen für eine Kuh, 1.4—3.5 Mil. für ein Kind und trachtiges Kalb, 730 000 für ein Kalb, 320—470 000 für das Paar Milch- und 500 000 für 640 000 M. für das Paar Käuferföwme. Der Gelderlös betrug bei den Ochsen 10 Mil., Stieren 12 150 000, Kühen 32.4 Mil., Kinder und trachtige Kalbinnen 24 Millionen beim Schmalvieh 15.8 Mil. und bei Kälbern 950 000 Mark.

Wirtschaftliche Wochenrückblick.

Geldmarkt. Die Reichsbank hat große Ankerkredite gemacht, um ein weiteres Abgleiten der Mark zu verhindern. Man gewinnt nachträglich doch den Eindruck, daß bei dem letzten Dollarsprung ein überaus reiches Randvorrat von Goldreserven vorlag, die schnell einige Milliarden verdienen könnten, daß sie gebündelt aber auch nur vor Gerücht gestellt werden seien, hat man freilich nicht gehört; sie sollten zu den Goldreserven gehören, die man bekanntlich laufen läßt. Jedenfalls ist der Reichsbank gelungen, den Dollar wieder einzufangen zu lassen.



weilen Berlin
sehr große
aufmachen, es
reichliche
von
sind
Steinbildner
Krieg
find, wurde
Freiwillige
daß die
Staatl. Sch
einer Reihe
der Lehrling
nennen und
ebärmis zur
nicht verban
Hilfsleistungen
wurde zugest
mit Gebur
In Sch
von der ver
wohlhabend
ogin, nämlich
gleichen, näm
te im vorig
die Oberam
14 730 Pre
185 Hebr
nen. Darin
Abende nicht
überwacht
besser wird
Wänden das
vom 14. bis
letzteren
detaillierte
200 Mitglieder
ad angele
vertreten sei
erhoffung
Empfangung der
an die Reich
eigenen Kom
gegeben wird
zur geistlichen
ung und Ver
unterdrück
in wird auf
Erwartung
länger j
der Jugend
es für er
Empfangung
Sch
zur
im Besitz
ertrölichen
He. Der
Laffe von
der glückl
1841-42
eines Tages
lebende
angebr
beobachtet
entfernt.
aus dem
ung das
Aufregung
1889
der bald
oft und
beirratete,
sich hat
andern.
die erste
gen Dopp
freisprech
sei, wenn
amsohl
erbringen
Falls
die Ehe
Lamm im
tot erklärt
Affassung
hr.
igen Markt
ten, 9
25
34
11
maloch, 2
Erlö
1,05-3
eine Kuh,
Kalb, 730
-600
und 500
eine. Der
Stieren
und bei

den meißtens unter der Grenze von 30 000 dauernd zu halten, so daß er auch am letzten Donnerstagabend in Newyork 28 776 Mark notierte. Dagegen hat die Reichsbank ihren Diskont von 12 gleich auf 18 Prozent erhöhen müssen und damit eine weitere Geldverknappung verursacht, die zwar auf der einen Seite in der Spekulation unterbindet, auf der anderen aber vom ordentlichen Geschäftsmann, der Kredit sucht, ungemein schwer empfunden wird. Am 26. April kosteten 100 ungarische Mark in Zürich 0,0181 (am 19. April: 0,0187) Franken; in Amsterdam 0,0086 (0,0092) Gulden; in Stockholm 0,0125 (0,0130) Kronen; in Wien 240 (240), in Prag 0,0114 (0,0114) Kronen und in Newyork 0,0034 fünf Achtel (0,0035) Dollar.

Die gute Meinung der Börse erhielt sich auch in der abgelaufenen Berichtswoch. Die Kaufkraft überwog, und gab es hin und wieder kleine Rückschläge, die ein allzu großes Ausfließen der Kurse verhinderten. Viel Interesse besteht für Konfakten und Elektrizitätswerte. Aber auch Brauereien und Textilfabriken waren größtenteils nicht weniger beliebt als Maschinen- und Metallaktien. Das Publikum kannte wieder mit der Spekulation zusammen. Allein die Gewinne waren nicht übermäßig. Einfache Kreise denken auch an die politische Lage, die nach außen wie nach innen Schwierigkeiten genug aufweist und das Börsengeschäft noch erheblich hemmen könnte.

Produktenmarkt. Es gab diese Woche im Berliner Handelsplatz einen Rückschlag. In Süddeutschland war man sehr gesäumt. Die Südd. Frühlerversammlung hat ihren Jahresbericht schon wieder um 20 000 Mark auf 20 000 Mark für den Jahreskonten abwärts erhöht. Den 100 am letzten Montag in Stuttgart um 3000 auf 30 000, Stroh ebenso um 3000 auf 30 000 Mark an. Dagegen notierten in Berlin am 26. April Weizen 82 000 (-1000), Roggen 42 500 (-3500), Gerste 6 000 (plus 1000), Hafer 48 000 (-2000), Mais 56 000 (-1000) und Reis 180 000 (plus 5000) Mark.

Barrenmarkt. Es ist ebenfalls aus mit dem Preis. Vorläufig zieht alles wieder an, wenn auch langsam und kaum merklich. Die wichtigsten Lebensbedürfnisse sind teurer wieder verteuert. Die Preise auf den Hauptkontingen sind ebenfalls gestiegen, das noch vor kurzem so reichliche Angebot in Terminen hat wieder aufgehört und rasch steigenden Preisen Platz gemacht. Insbesondere sind Chemikalien wieder ungemein teurer geworden. Auch Fett ist wieder stark im Preise gestiegen.

Strohmarkt. Der letzte Stuttgarter Herbstmarkt ergab Preise, die nur noch nach Millionen zu berechnen sind und welche, wie verbeerdend die Geldwertverteilung auf den Verbrauch eingewirkt hat. Auch die verschiedenen Märkte mit Ausnahme von Markt zu Markt. Die Stuttgarter Adressenpreise sind wieder um 300 bis 600 Mark das Pfund erhöht worden.

Holzmarkt. Wieder ansiehendes Geschäft und abnehmend rasch steigende Preise.

Neueste Nachrichten.

Mannheim, 28. April. Wie der „Mannheimer Generalanzeiger“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, wurde gestern nachmittags der kaufmännische Direktor der Mannheimer Schiffs- und Maschinenbau A. G. von der französischen Besatzungsbehörde einem eingehenden Verhör unterzogen. Der Grund soll der sein, daß von der Firma ein neues, für holländische Rechnung erbautes Boot zur Ablieferung gelangte und die Schiffsverft sich weigerte, den von den Franzosen verlangten 10prozentigen Ausfuhrzoll zu zahlen. Der Direktor wurde schließlich wieder freigelassen, dafür aber der ganze Betrieb der Gesellschaft mit französischer Besatzung belegt.

Frankfurt a. M., 28. April. Wie die Frankfurter Nachrichten melden, hat Hugo Stinnes durch den Ankauf der „Frankfurter Nachrichten“ seinen beiden Blättern, der „Deutschen Allg. Zeitung“ und der „Industrie- und Handelszeitung“, ein drittes Blatt hinzugefügt.

Dortmund, 28. April. In der vergangenen Nacht kam es hier zu einer Schießerei zwischen der Feuerwehrgesellschaft und einem Einbrecher. Der Kriminalpolizeikommissar Weil wurde durch drei Bauchschüsse und ein Feuerwehrgesellschaft durch einen Schuß in die Schulter verletzt. Auch der Einbrecher erlitt schwere Schußwunden.

Berlin, 29. April. Blättermeldungen zufolge, sind die Berechnungen des Reichskanzlers mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder auf Dienstag verschoben worden. Dementsprechend empfängt der Kanzler voraussichtlich auch die Parteiführer erst am Dienstag. Die geplante Note soll gleichzeitig in London, Paris, Rom und Brüssel übergeben, sowie auch in Washington zur Kenntnis gebracht werden.

Berlin, 30. April. Da die Franzosen in der Pfalz die Arbeiterbefreiung mit Lastautos nur gestatten, wenn der Schienenweg nicht benutzt werden kann, und den Firmen an den militarisierten Bahnen somit die Arbeiterbefreiung unmöglich gemacht wird, hat die Badische Anilin- und Soda-fabrik in Ludwigshafen, einer Meldung der Montagspost zufolge, erklärt, daß die auswärtigen Arbeiter zunächst ihren kontraktlichen Urlaub antreten. Falls sie nach dessen Ablauf nicht mehr in die Fabrik zurückkehren können, sollen sie 2 Drittel ihres Lohnes als Bartegeld erhalten.

Berlin, 28. April. Wie der „Vollanzeiger“ meldet, haben die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Industrie über die Frage der Versorgung der Bergarbeiter mit Zephyren zu einem Erfolg geführt. Die Notstandsversorgung des Bergwerks mit Bekleidung und Schuhen wurde beschlossen. Die Industrie, sowie der Groß- und Einzelhandel erklären sich grundsätzlich zur Mitarbeit an der Aktion bereit. Es ist, wie das Blatt schreibt, bei den am Montag beginnenden Lohnverhandlungen für den Bergbau damit zu rechnen, daß die Regelung der Bergarbeiterlöhne durch die Reichsregierung mitbestimmt wird.

die sächsische Regierung zu stürzen, ohne Furcht entgegen. Die Zerplitterungsversuche der sächsischen Kommunisten würden an dem Willen der sächsischen Arbeiter restlos scheitern.

Kiel, 30. April. Das Stadtverordnetenkollegium hat beschlossen, das Andenken des verstorbenen Vorsitzenden der Generalkommission der freien Gewerkschaften und langjährigen Reichstagsabgeordneten Karl Legien dadurch zu ehren, daß die Führerstraße in Kiel, in der sich das Gewerkschaftshaus befindet, in Legienstraße umbenannt wird.

Königsberg, 28. April. Mit 32 Millionen Mark in Dollar und Pfundnoten ist der bei der hiesigen Expeditionsfirma Robert Kneißler beschäftigte gewesene Kaufmannsgehilfe Ernst Schrader geflohen. Die Firma hat eine hohe Belohnung auf die Wiederbeschaffung des Geldes ausgesetzt.

Prag, 30. April. Wie die „Bohemia“ erfährt, hat die Stadtgemeinde Reichenberg von der politischen Landesverwaltung den Auftrag erhalten, das Kaiser Franz Joseph-Denkmal innerhalb 14 Tagen zu entfernen.

Bern, 29. April. Die schweizerische Dep.-Ag. meldet: Die Anstände im landwirtschaftlichen Grenzverkehr mit Deutschland, die dadurch entstanden sind, daß deutsche Behörden im Gegensatz zu der bisherigen Übung die in Deutschland geltenden Ausfuhrbestimmungen und Ausfuhrverbote auch auf einen Teil der aus der Grenzzone kommenden landwirtschaftl. Erzeugnisse ausdehnten, konnten größtenteils gehoben werden. So wird die Ausfuhrfreiheit für Kartoffeln, Früchte und Gemüse bestätigt. Hinsichtlich der Ausfuhr von Brennholz sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Paris, 29. April. In St. Etienne haben die Metallarbeiter des Bezirks heute einen Kongress abgehalten. 80 Fabrikanten, die 18 000 Arbeiter beschäftigen, hatten Delegierte entsandt. Die Metallarbeiter verlangen die Aufhebung der Einkommensteuer, sowie eine Lohnerhöhung um 20 Prozent im Hinblick auf das fortgesetzte Steigen der Lebensmittelpreise. Ein Ausschuss hat den Auftrag erhalten, die erforderlichen Verhandlungen einzuleiten.

Paris, 29. April. Der französische Abgeordnete Broussé, ehemals Unterrichtsminister im Finanzministerium, hatte sich gestern in Begleitung des Abgeordneten Manaut nach Barcelona begeben. Sofort nach ihrer Ankunft in der Stadt wurden die beiden französischen Abgeordneten von der spanischen Regierung angegriffen. Sie mußten unter polizeilicher Bewachung nach Frankreich zurückkehren. Der Abgeordnete Broussé hat telegraphisch dem französischen Ministerpräsidenten einen Protest übergeben. Bereits im Jahr 1917 ist Broussé in Spanien ausgewiesen worden, aber der Ausweisungsbefehl ist, wie die Havasagentur berichtet, im vorigen Jahr von der spanischen Regierung zurückgezogen worden.

London, 30. April. Der Berichterstatter der „Sunday Times“ schreibt, die Franzosen wünschten ein deutsches Angebot weit weniger in diesem Augenblick zu erhalten als später, „wenn der Erdbebensturm die Deutschen zu einer vernünftigen Gefühlsverfassung gebracht habe“. Das deutsche Bürgerfriedensangebot werde als hoch angesehen. Frankreich verlange eine solidere Grundlage als eine deutsche Unterschrift. Der vorgeschlagene internationale Sachverständigenausschuss werde glatt abgelehnt.

Falls angebrachte Sparlichkeit

ist es, an der Tageszeitung zu sparen. Die Tatsachen lehren, daß mancher schon große Verluste in Unkenntnis der Markt- und Wirtschaftslage erlitt.



Heute letzte Nummer.

Verkaufte Abonnements bitten wir als bald bei den Postanstalten, Postboten, Agenturen und Auslieferungsmännern nachzuholen, die solche jeberzeit annehmen. Bereits erschienene Nummern werden kostenlos nachgeliefert.

Verbot der Raufereien im besetzten Gebiet.

Weslar, 28. April. Die Franzosen haben die Abhaltung sämtlicher Raufereien im besetzten Gebiet verboten.

Münster, 30. April. In Bitten hat der französische Kommandant den Gewerkschaftsführern die Abhaltung von Raufereien verboten. Vom französischen Kriegsgericht wurden Dr. Josef Köpplinghaus von der „Kampferzeitung“ zu 6 Monaten Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe und Dr. Heinrich Bödinghaus von demselben Blatt zu 1 Monat Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Der Arbeiter Boag vom Bochumer Gießwerksverein wurde wegen angeblichen Spionageverdachts zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Sperrung an der militarisierten Bahnstrecke.

Witten, 28. April. Aus der militarisierten Strecke Hattingen-Vorballe wurde gestern eine der zwei großen Brücken in die Luft gesprengt. Sieben schwere Detonationen wurden in Witten gehört. Welche Brücke den Sprengungen zum Opfer fiel, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Die Rotsproduktion unter ein Fünftel herabgesunken.

Essen, 28. April. In Abwehr der Eingriffe der Franzosen und Belgier in die Kruppwerke hat der Ruhrbergbau alle Kohlereien stillgelegt, mit Ausnahme derjenigen, deren Produktionen unmittelbar an deutsche Verbraucher abgehen. Die Rotsproduktion ist infolgedessen auf weniger als den fünften Teil herabgesunken.

Unter Feindbesatz.

Münster, 28. April. Das Verfahren gegen die Direktoren der Privat- und Commerzbank in Bochum ist von den Franzosen eingestellt worden. Von den bei der Auslösung der Schutzpolizei verhafteten Schutzbeamten sind nunmehr auch die drei letzten der bisher in Haft befindlichen Beamten entlassen und ausgewiesen worden. Infolge der Entlassung durch die Polizei nehmen die Uebergriffe des verbrecherischen Bestandes in außerordentlichem Umfang zu. In Bochum wurden Kriminalbeamte und ein Feuerwehrgesellschaft, die zwei Personen verhaften wollten, von diesen beschossen und lebensgefährlich verletzt. Einer der Verletzten beging darauf Selbstmord durch Erhängen. Ueber Redaktionsausstellungen ist in der letzten Nacht die Verhinderung verhängt worden. In den letzten Tagen haben die Franzosen Revisionen der in Redaktionsausstellungen befindlichen Briefkasten vorgenommen. Sämtliche vorgefundenen

Lauben und die Eier sind mitgenommen worden. — In Castrop verhafteten die Franzosen den Gymnasiallehrer Boelmann aus unbekanntem Gründen.

Boitrop, 28. April. Am Freitag nachmittag 4 Uhr erschienen vor den Toren der Feste Prosper 1 30 Mann einer belgischen Abteilung. Sie gingen in das Bachelhof der Feuerwehrgesellschaft und nahmen dort zwei Feuerwehrgesellschaft, die angeschuldigt sind, am vorbeigehenden Tage einem belgischen Offizier das Recht beim Betreten des Platzes zugesprochen zu haben. Die Belagerten der Feste Prosper 1 und 2 sind daraufhin geschlossen in den Streik getreten. Der Streik dauert bis Montag abend. Boitrop ist während dieser Tage ohne Gas und Elektrizität.

Festhalten am passiven Widerstand.

Berlin, 28. April. Der „Vorwärts“ fügt den letzten Pariser Meldungen über das Verhandlungsthema folgenden treffenden Kommentar an: „Geradezu unfaßlich ist die Forderung, die deutschen Verordnungen, die den passiven Widerstand im Ruhrgebiet regeln, zu suspendieren. Die Aufhebung würde an dem tatsächlichen Zustand im Ruhrgebiet nichts ändern, höchstens dazu führen, daß er schärfere und wildere Formen annähme. Keine deutsche Regierung kann durch einen Maß den passiven Widerstand zum Auslösen bringen. Das könnte nur Frankreich durch Zurückziehung seiner Truppen. Etwas anderes sei die Frage, ob nicht während der Verhandlungen ein gewisser Waffenstillstand im Ruhrgebiet geschlossen werden könnte, wozu die Zustimmung der ortsbewohnenden Bevölkerung notwendig wäre. Aber auch dann müßte der Waffenstillstand bei den Angriffen anfangen, die darauf beruhten müßten, in das Wirtschaftsleben der Bevölkerung mit Gewaltmaßnahmen einzugreifen.“

Die Einführung des Franken als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel abgelehnt.

Saarbrücken, 29. April. Der Landestat hat in seiner gestrigen Sitzung die Vorlage der Regierungskommission, durch die der französische Franken als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel im Saargebiet eingeführt werden soll, mit allen Stimmen abgelehnt, und zwar, weil die Einführung des Franken eine Umänderung der Bestimmungen des Verfallers Vertrags bedeuten würde, nach dem die Gesetze, die am 1. November 1918 im Saargebiet in Kraft waren, auch weiterhin bestehen bleiben sollen. Zu diesen Gesetzen gehören auch das deutsche Münzgesetz. Außerdem sei im Saarstatut ausgedrückt, daß der französische Franken nur unter gewissen Voraussetzungen neben der Mark geltend haben solle. Zu derartigen Umänderungen des Saarstatuts seien aber nur die Signatarmächte des Verfallers Vertrags berechtigt, nicht aber die Regierungskommission des Saargebietes. Schließlich wurde betont, daß die Einführung des Franken eine Last für die Bevölkerung bedeuten würde, die geachtet sein könnte, im Jahre 1905 bei der Volksabstimmung im Saargebiet gegen die deutsche Bevölkerung in die Wagschale geworfen zu werden. — Der Landestat hat in zweitägiger Beratung einen von seiner eigenen Finanzkommission ausgearbeiteten Besondere Entwurf über die Einführung des Franken fertiggestellt und erbat die Regierungskommission, diese Vorlage unbedingt zu berücksichtigen, da die Regierungskommission anscheinend auf alle Fälle entschlossen sei, die Währungsfrage zugunsten des französischen Franken zu lösen und auf die gänzliche Ablehnung der gewählten Vertreter des Volkes keine Rücksicht zu nehmen.

Frankreich und die Lage in Syrien.

Paussanne, 28. April. Bei der französischen Delegation sind angeblich genaue Informationen über türkische Truppenkonzentrationen an der syrischen Grenze eingetroffen, über deren Zusammenfassung man ganz bestimmte Einzelheiten wissen will. Man äußert deshalb lebhaftes Bedauern, in den von der französischen Delegation nachschiebenden Kreisen wird von französischen Gegenmaßnahmen gesprochen, die notwendig geworden seien. Von der türkischen Delegation wird dazu erklärt, daß von Truppenkonzentrationen an der syrischen Grenze keine Rede sei; es handle sich nur um Truppenverchiebungen in verschiedenen Teilen des türkischen Gebietes.

Paris, 29. April. Ministerpräsident Poincaré verhandelte heute vormittag mit dem französischen Delegierten auf der Pariser Konferenz, General Belle. Wie Havas berichtet, soll der General seinen Einwand dahin zusammengefaßt haben, daß man optimistisch über den Verlauf der Friedensverhandlungen sein könne. Nach dieser Beratung besprach sich General Belle mit dem neuernannten Oberkommissar für Syrien, General Bergand. Nach der gleichen Agentur wurde insbesondere die Lage geäußert, die durch die Anwesenheit türkischer Truppen an der syrischen Grenze eingetreten ist. Die ins Auge gefaßten Maßnahmen sollen die Entsendung neuer französischer Truppen aus Kolonialregimentern notwendig machen.

Eine neue Verfügung des Generals Degoutte.

Paris, 28. April. „Figaro“ erfährt aus Düsseldorf, General Degoutte habe eine Verfügung erlassen, wonach Koks und die Nebenzeugnisse der Steintohlen im besetzten Gebiete zukünftig von den Verbündeten beschlagnahmt werden. Die für die Ausbeutung der Bergwerke verantwortlichen Direktoren haben eine Geldstrafe von wenigstens 10 Millionen Mark und eine Gefängnisstrafe bis zu 10 Jahren zu gewärtigen, wenn die Kohlenvorräte ganz oder teilweise fortgeschafft werden oder die Qualität der Kohlen merklich verringert wird. Geld- und Gefängnisstrafen sind auch für diejenigen Personen vorgelesen, die sich der Mithäuferschaft schuldig machen.

Der französische Fehler.

Paris, 28. April. Der „Quotidien“ schreibt: Wir müssen unseren Irrtum erkennen. Wir haben geglaubt, die französische Regierung wünschte, in aller Aufrichtigkeit eine friedliche Lösung des Ruhrkonflikts zu finden. Wir glauben, wenn sie sich auch aus Eigenliebe weigerte, Vorschläge zu machen, so wäre sie doch wenigstens bereit, diejenigen, die ihr gemacht würden, entgegenzunehmen. Wir haben sogar geglaubt, daß insbesondere Poincaré den lebhaften Wunsch hätte, der Gefahr einer ausgedehnten Besetzung zu entgehen. Wir haben uns aber geirrt. Aus der gehen von dem „Matin“ veröffentlichten und vom „Temps“ bestätigten Meldung geht klar und deutlich für jeden loyalen Leser hervor, daß man ein anderes Ziel verfolgte, und daß die Sorge, auf eine gerechte Art zum Ende zu kommen, bei uns nicht fahrenden Männern die letzte Sorge ist.

Briefkasten der Schriftleitung.

Nach Feindbesatz. Ihre neuerliche Einwendung in der Frage der Wohnungsnot bedeutet im Grunde genommen nur eine Wiederholung dessen, was Sie bereits ausführten. Glauben Sie berechtigten Grund zur Beschwerde zu haben, so empfehlen wir Ihnen, sich an die vorgesetzte Behörde zu wenden; es wird sich dann zeigen, ob Ihre Einwendungen stichhaltig sind. Persönliche Anwesenheiten können wir nicht wiedergeben. Bekanntlich gibt es keinen Ortswortheber, der es jedem recht machen kann; diese Stufe der Vollkommenheit einzuleisten, aber auch der vernünftigen Einsicht andererseits hat die Menschheit von heute noch nicht erreicht.



